



Wir können die Windrichtung nicht bestimmen

Aber wir können helfen, die Segel richtig zu setzen.

Rückerstattung von Verzugszinsen bei der Verrechnungssteuer

Am 15. Februar 2017 trat die Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer in Kraft. Innerhalb eines Jahres ab Inkrafttreten können Gesellschaften nun auf Gesuch hin bereits bezahlte Verzugszinsen zurückfordern, die sie entrichten mussten, weil sie konzerninterne Dividendenzahlungen erst nach Ablauf der 30-tägigen Frist der Eidgenössischen Steuerverwaltung gemeldet hatten.

Das sogenannte Meldeverfahren erleichtert die Dividendenzahlungen im Konzern, indem auf solchen Ausschüttungen keine Verrechnungssteuer zu zahlen ist. Verpasste eine Gesellschaft diese Frist, so war die Verrechnungssteuer geschuldet und es fielen Verzugszinsen an. Die bezahlte Steuer konnte zwar wieder zurückgefordert werden, die Verzugszinsen aber nicht.

Die Einreichungsfristen bleiben unverändert. Künftig kann trotzdem das Meldeverfahren nach Ablauf der 30-tägigen Meldefrist noch angewendet werden, sofern die materiellen Voraussetzungen erfüllt sind. Es ist jedoch kein Verzugszins geschuldet. Neu wird die verspätete Meldung mit einer Busse von maximal 5'000 Franken bestraft.

Eine Rückerstattung durch die Eidg. Steuerverwaltung von Amtes wegen erfolgt nicht.

Fristlose Entlassung bei Krankheit ohne Abmeldung ist gerechtfertigt

Ein Angestellter arbeitete seit Mai 2014 über ein Stellenvermittlungsbüro in einem Unternehmen. Ab dem 7. Juli 2014 war er krank und meldete sich weder beim Stellenvermittler noch beim Einsatzbetrieb ab. Zwei Tage später kündigte ihm der Stellenvermittler fristlos. Der Angestellte erhielt die Kündigung am 10. Juli und legte am gleichen Tag ein Arzzeugnis vor. Dieses bescheinigte ihm eine Arbeitsunfähigkeit vom 7. bis 13. Juli.

Das Bundesgericht gab dem Stellenvermittlungsbüro Recht und beurteilt die fristlose Kündigung als gerechtfertigt. Es genügt nicht, dass der Mitarbeiter bei Krankheit ein Arztzeugnis einhole. Die Abwesenheit muss dem Arbeitgeber rechtzeitig mitgeteilt werden. (Quelle: BGE 4A_521/2016 vom 1.12.2016)

ÖREB-Kataster ist mehrheitlich online

Der Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen ist in den meisten Kantonen online einsehbar. Nutzungsplanung, Grundwasserschutz zonen, Waldgrenzen usw. sind neu online zugänglich. Mit dem ÖREB-Kataster stehen die relevanten Informationen über das Grundeigentum leicht und für jedermann zur Verfügung. Damit ist die Transparenz im Immobilienmarkt gewährleistet.

Kunden erhalten Entschädigung für Verluste von Vermögensverwalter

Das Bundesgericht hat entschieden, dass ein Unternehmen für Vermögensverwaltung zwei seiner Kunden den Schaden ersetzen muss, den diese durch die Investments des Vermögensverwalters erlitten haben. Einer pensionierten Kundin blieb nur noch ihre AHV-Rente, nachdem ihr Kapital aufgrund der Spekulationen der Vermögensverwaltung von rund 375'000 Franken auf wenige Tausend Franken geschrumpft war. Weil das Unternehmen gegen alle Regeln der Diversifikation verstossen hat, muss es der Frau rund 100'000 Franken zahlen. Ein anderer Kunde der Vermögensverwaltung erhält ebenfalls einen Schadensersatz von 100'000 Franken. Die Vermögensverwaltung hat trotz des Auftrages, ein geringes Risiko einzugehen, in ein unsicheres Unternehmen investiert. (Quelle: BGE 4A_45/2016 und 4A_41/2016 vom 20.6.2016)

Lohnt sich eine Einsprache bei einem Steuerprozess?

Mit Einsprachen im Steuerprozess erhoffen sich viele Steuerzahler Erfolg. Wie hoch sind denn die Chancen auf einen Erfolg vor Gericht?

Bei der Einsprache gegen die **Veranlagung** der Steuererklärung stehen die Chancen gut: rund 95% der Fälle werden in Absprache mit den Steuerbehörden **für den Steuerpflichtigen** entschieden.

Bei den weiteren Rechtsmittelverfahren ist es gerade umgekehrt:

- bei der Steuerrekurskommission werden nur 5-10% der Fälle für den Steuerpflichtigen entschieden
- beim Appellationsgericht, der zweiten Gerichtsstufe, ebenfalls 5-10% der Fälle pro Steuerpflichtige
- das Bundesgericht entscheidet nur 10% der Fälle für den Steuerpflichtigen.

Diese ernüchternde Bilanz zeigt, dass es sinnvoll ist, sich möglichst frühzeitig mit den Steuerbehörden zu einigen. Bei einer professionell ausgefüllten Steuererklärung entspricht die Veranlagungen in der Regel den eingereichten Unterlagen. Die Abweichungsquote beträgt dabei weniger als 5%. Die Chance auf eine erfolgreiche Einsprache im Steuerprozess wird durch ein mündliches Gespräch mit dem Steuerbeamten deutlich erhöht.

Wird die Einsprache abgewiesen, ist der nächste Schritt der Rekurs an die Steuerrekurskommission. In vielen Steuerrekurskommissionen befasst sich kein einziges Richtermitglied hauptberuflich mit Steuerrecht. Entsprechend haben die Argumente der Steuerverwaltung mehr Gewicht. Das fachliche Gegengewicht fehlt damit bei der Steuerrekurskommission. Deshalb werden rund 80% aller Steuerreurse abgelehnt.

Fazit: Eine sorgfältig ausgefüllte Steuererklärung durch eine ausgewiesene Fachperson ist die beste Steuerberatung. Bei schwierigen Themen ist das persönliche Gespräch mit der Steuerverwaltung die beste Lösung, bevor ein schriftliches Dokument abgegeben wird. Steuerrechtsmittelverfahren sind aufwändig und mit hohen Kosten verbunden. Damit es gar nicht so weit kommt, sollte eine vorgängige Steuerplanung erfolgen.

Was tun bei unterschiedlichen Arztzeugnissen von kranken Mitarbeitern?

Der Mitarbeiter lässt sich krankschreiben und zeigt ein Zeugnis seines Arztes. Kommt der hinzugezogene Vertrauensarzt aber zu einem anderen Ergebnis als der behandelnde Arzt, dann haben die beiden Zeugnisse die gleiche Beweiskraft. Dem Arbeitgeber ist in dieser Situation zu empfehlen, dem behandelnden Arzt das Arztzeugnis des Vertrauensarztes vorzulegen und um eine schriftliche Erklärung zu bitten.

Fehlt eine plausible Erklärung des behandelnden Arztes, muss der Arbeitgeber entscheiden, ob er dem Vertrauensarzt mehr glaubt und als Folge davon die Lohnzahlung einstellt.

Die Einstellung der Lohnzahlung ist mit dem Risiko behaftet, dass der Arbeitgeber Klage auf Lohnzahlung einreicht.

Es gilt, dass ein Arztzeugnis ohne persönliche Untersuchung des Mitarbeiters einen tieferen Beweiswert hat als ein Befund, der auf einer persönlichen Untersuchung beruht. Gleiches gilt bei Ausstellung eines rückwirkenden Arztzeugnisses, da ein Arzt nur eingeschränkt feststellen kann, ob die Arbeitsunfähigkeit schon vor der Untersuchung bestanden hat. Auch kann ein Arztzeugnis durch das Verhalten des Mitarbeiters widerlegt werden, wenn sich dieser anders verhält. Er wird zum Beispiel beim Joggen gesehen, während er ein Knieleiden geltend macht und arbeitsunfähig scheint.

Der Arbeitgeber sollte sich rechtlich beraten lassen bevor er die Lohnzahlung bei zweifelhaft attestierter Arbeitsunfähigkeit des Mitarbeiters einstellt.

Die Versicherung muss beweisen, dass eine Doppelversicherung vorliegt

In einer versicherungsrechtlichen Auseinandersetzung war umstritten, welche Partei den Beweis für das Vorliegen einer Doppelversicherung erbringen muss. Das Bundesgericht hat entschieden, dass die **Versicherung** den Beweis dafür erbringen muss. Denn die Einrede der Doppelversicherung befreit das Versicherungs-Unternehmen von Zahlungen und deshalb muss die Versicherung beweisen, dass dem Versicherten aus einem anderen Versicherungsvertrag ein Anspruch auf Deckung seines Schadens zusteht.

Bei Doppelversicherung haftet jeder Versicherer für den Schaden in dem Verhältnis, in dem seine Versicherungssumme zum Gesamtbetrag der Versicherungssummen steht. (Quelle: BGE 4A_333/2016 vom 18.8.2016)

Vorgesehene und mögliche Änderungen der MWST-Sätze ab 1. Januar 2018: Die diversen Effekte führen idealerweise zur Beibehaltung des MWST-Normalsatzes bei 8%

Im Jahr 2011 sind die MWST-Sätze zu Zwecken der IV-Zusatzfinanzierung erhöht worden. Diese Erhöhung läuft Ende 2017 aus. Offen ist zum heutigen Zeitpunkt, ob die MWST-Sätze sinken werden. Zugunsten der Finanzierung des Ausbaus der Bahninfrastruktur (FABI) werden alle drei MWST-Sätze per 1. Januar 2018 um 0,1 Prozentpunkte erhöht werden. Im Rahmen der Altersvorsorge 2020 ist nun vorgesehen die Finanzierungslücke bei der AHV durch eine MWST-Satzerhöhung von 0.6 % zu decken. Die Erhöhung soll in zwei Etappen erfolgen. Die erste Etappe beträgt 0.3 % und soll per 1. Januar 2018 erfolgen, so dass der heute geltende MWST-Normalsatz am 1. Januar 2018 unverändert bei 8 % bleibt. Die zweite Etappe von noch einmal 0.3 % würde dann im Jahr 2021 erfolgen.

Für die Vorlage der Altersvorsorge ist eine Volksabstimmung notwendig, welche planmässig am 24. September 2017 stattfinden wird. Bereiten Sie sich und Ihre Kunden bereits heute auf eine eventuelle Steuersatzänderung und damit verbundene Anpassungen der ERP- und Abrechnungssysteme vor. Lesen Sie hierzu auch die Information auf der Webseite der ESTV.

Impressum

Newsletter

erscheint monatlich

Herausgeber

Credor Holding AG
Railcenter

Säntisstr. 2
CH-9500 Wil

Telefon: 071 914 71 71

Telefax: 071 914 71 79

E-Mail: info@credor.ch

Internet: www.credor.ch

Trotz gewissenhafter Bearbeitung und sorgfältiger Recherche kann keine Haftung für den Inhalt der Beiträge übernommen werden. Konsultieren Sie im Zweifelsfalle eine unserer Fachpersonen